

Einkommenslage und -entwicklung der freien Berufe.....	287
Das Gaststättengewerbe in der DDR	295

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/88

Berlin

2. Juni 1988

55. Jahrgang

Stajen

Einkommenslage und -entwicklung der freien Berufe

Unlängst hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1983 veröffentlicht¹. Diese Datenquelle liefert Informationen über die Einkommenslage der Selbständigen in den freien Berufen, die man in anderen amtlichen Statistiken nicht findet. Hierzu werden alle diejenigen Personen gerechnet, die in einem ärztlichen, beratenden, wissenschaftlichen, künstlerischen oder in einem ähnlichen Beruf selbständig tätig sind².

Von 1980 bis 1983 blieben die durchschnittlichen Einkünfte der Ärzte konstant. Die Einkünfte der Architekten nahmen leicht ab, die der Zahnärzte, der Ingenieure und Techniker sowie der Selbständigen in künstlerischen Berufen gingen stärker zurück. Dagegen konnten Rechtsanwälte und Notare, Wirtschafts- und Buchprüfer sowie Steuerberater und Steuerbevollmächtigte beachtliche Einkommenssteigerungen verbuchen. Verstärkt nutzten die Angehörigen freier Berufe die Möglichkeit, Einkünfte mit Verlusten — insbesondere aus Vermietung und Verpachtung — zu verrechnen, um auf diese Weise das der Besteuerung unterliegende Einkommen zu mindern.

An der Gesamtzahl der Einkommensteuerpflichtigen hatten die freiberuflich Tätigen 1980 und 1983 einen Anteil von gut 1 vH; vom Gesamtbetrag der Einkünfte aller Steuerpflichtigen entfielen auf die freien Berufe jeweils etwas mehr als 4 vH. An der Zahl der „Einkommensmillionäre“ waren die freien Berufe in beiden Jahren mit reichlich 8 vH beteiligt.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Dienstleistungsunternehmen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Neben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und den Einkommens- und Verbrauchsstichproben zählt die Einkommensteuerstatistik zu den drei wichtigen amtlichen Quellen für einen hinreichend vollständigen Nachweis des Einkommens von Personen oder Personengruppen. Bekanntlich hat jede dieser drei Statistiken spezifische Vorzüge³.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) gestattet eine regelmäßige Gesamtschau der Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung. Hier findet man auch Angaben über die Nettowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen, gegliedert nach Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und sonstigen Dienstleistungsunternehmen⁴, zu denen in der

VGR die freien Berufe zählen. Die Nettowertschöpfung in der VGR umfaßt das Bruttoeinkommen aus unselbstän-

¹ Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1983. Vgl. auch Wolfgang Rosinus: Einkünfte und Besteuerung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 1983. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 12/1987, S. 934 bis 943.

² Vgl. auch Statistisches Bundesamt (Herausgeber) in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim: Datenreport 1987. Bonn 1987, S. 291 bis 293. Harald Legler: Freie Berufe. Wirtschaftspolitische Ansatzpunkte zur Beseitigung von Entwicklungsengpässen. Forschungsberichte des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Nr. 12. Hannover 1988.

³ Vgl. Manfred Euler: Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 1/1985, S. 56 bis 62.

⁴ Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 9, Ergebnisse für Wirtschaftsbereiche (Branchenblätter) 1960 bis 1985.

Tabelle 1

Daten zur Einkommensentwicklung der Selbständigen in den Dienstleistungsunternehmen¹⁾

Jahr	Zahl der Selbständigen	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		Nachrichtlich: Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen je Selbständigen in den übrigen Wirtschaftsbereichen ²⁾	
		insgesamt	je Selbständigen		unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer in den Dienstleistungsunternehmen ¹⁾
	in 1 000	in Mrd. DM	in DM		
1970	599	33,6	56 110	82 920	11 870
1971	594	39,6	66 633	88 135	13 103
1972	608	45,3	74 572	91 298	14 309
1973	612	50,7	82 827	101 345	16 035
1974	611	56,4	92 308	95 992	17 819
1975	613	61,3	100 082	93 571	18 909
1976	610	67,5	110 689	114 112	20 533
1977	619	74,2	119 871	119 640	21 990
1978	626	82,6	131 933	128 287	23 340
1979	643	92,5	143 810	140 674	24 741
1980	655	103,7	158 275	131 773	26 028
1981	662	111,8	168 837	128 811	27 781
1982	680	116,7	171 662	136 483	29 157
1983	698	126,7	181 547	161 238	30 072
1984	711	137,0	192 644	170 335	31 311
1985	726	147,0	202 479	182 435	32 303
1986	740	156,3	211 243	206 323	33 650
1987	752	169,0	224 721	211 745	34 532

1) Ohne Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. — 2) Ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Eisenbahnen, Deutsche Bundespost, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 9, Ergebnisse für Wirtschaftsbereiche (Branchenblätter) 1960 bis 1985, Fachserie 1.2, Konten und Standardtabellen 1987 Vorbericht, Berechnungen des DIW.

diger Arbeit und das (residual ermittelte) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Lediglich für den Bereich Wohnungsvermietung wird diese Unterteilung nicht vorgenommen⁵.

Die Zahl der Selbständigen in den Dienstleistungsunternehmen — fast ausschließlich im Bereich der sonstigen Dienstleistungen tätig — hat sich von 1970 bis 1987 um ein Viertel erhöht; zugleich ist die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen um die Hälfte gesunken. Das gesamte Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der sonstigen Dienstleistungsunternehmen war 1987 fünfmal so hoch wie 1970; je Selbständigen gerechnet, ist es auf das Vierfache seines Ausgangsniveaus gestiegen. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den übrigen Wirtschaftsbereichen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Eisenbahnen, Deutsche Bundespost, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung) war 1987 nur zweieinhalbmal so hoch wie 1970. In den achtziger Jahren hat sich das Einkommen der Dienstleistungsunternehmen allerdings schwächer als das der übrigen Wirtschaftsbereiche entwickelt. 1987 kehrte sich diese Tendenz erneut um, doch sind hier die Daten noch mit Schätzungenauigkeiten be-

haftet. 1970 war das Durchschnittseinkommen der Selbständigen in den sonstigen Dienstleistungsunternehmen viereinhalb-, 1987 sechseinhalbmal so hoch wie das durchschnittliche Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in diesem Wirtschaftsbereich. Niedrigere Durchschnittswerte, aber eine noch stärkere Zunahme der durchschnittlichen Einkünfte aus unternehmerischer Betätigung im Bereich der sonstigen Dienstleistungsunternehmen ergeben sich, wenn man in Rechnung stellt, daß mit dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit nicht nur die Leistung der Selbständigen, sondern auch die der mithelfenden Familienangehörigen entgolten wird.

Eine weitergehende Aufgliederung der Dienstleistungsunternehmen bietet die VGR nicht. In den Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden sämtliche Selbständi-

⁵ Vgl. zu neueren Untersuchungen über das Einkommen aus Wohnungsvermietung Bernd Bartholmai: Einkommen aus Wohnungsvermietung. Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, unterteilt für die Bereiche eigengenutzte und vermietete Wohnungen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Heft 1–2/1987, S. 26 bis 38; sowie Norbert Hartmann: Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 10/1987. S. 804 bis 815.

gen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft zu einer Gruppe zusammengefaßt⁶, so daß auch diese Statistik keine Informationen zur Einkommenslage und -entwicklung der freien Berufe liefert.

Die freien Berufe in der Einkommensteuerstatistik

Von den Einkommensteuerstatistiken wird naturgemäß nur das dem steuerlichen Zugriff unterliegende Einkommen erfaßt; deshalb sind sie weniger umfassend als der Einkommensnachweis in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung⁷. Auch gibt es Einkommensteuerstatistiken nur in dreijährigem Abstand, und wenn ihre Ergebnisse veröffentlicht werden, haben sie einiges an Aktualität verloren. Doch diese Einschränkungen werden mehr als aufgewogen durch die Möglichkeit, Einkommenslage und -entwicklung der wichtigsten freien Berufe detailliert zu verfolgen. Zu berücksichtigen sind die von anderen Statistiken abweichenden Begriffsbestimmungen der Steuerstatistik. Ansatzpunkt der Einkommensbesteuerung ist der Gesamtbetrag der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten; im Fall der Einkünfte aus selbständiger Arbeit ist das der Gewinn oder der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Ausgaben des Betriebes.

Nach den Ergebnissen der beiden letzten Einkommensteuerstatistiken hat sich von 1980 bis 1983 die Zahl der in freien Berufen tätigen Steuerpflichtigen⁸, deren Einkünfte aus selbständiger Arbeit überwiegen, von 286 000 auf 309 000 erhöht; ihre durchschnittlichen jährlichen Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit gingen in dieser Zeit von 110 000 DM auf 108 000 DM zurück. Für die Hälfte der freiberuflich Tätigen lagen diese Einkünfte 1983 bei höchstens 60 000 DM (1980: 65 000 DM). In den einzelnen Berufsgruppen ist die Einkommensentwicklung allerdings unterschiedlich verlaufen.

Die Einkünfte der freiberuflich tätigen Ärzte und Zahnärzte

Die Zahl der freiberuflich tätigen Ärzte hat von 1980 bis 1983 weiter leicht zugenommen. In der Schichtung nach der Höhe der Einkünfte aus selbständiger Arbeit ist die Besetzung sowohl der unteren als auch der höheren Größenklassen gestiegen, während sie im mittleren Schichtungsbereich etwas abnahm. Die Durchschnittseinkünfte aus selbständiger ärztlicher Tätigkeit blieben (nach Abzug der Praxiskosten) mit 180 000 DM konstant. Es zeigen sich die Auswirkungen der Kostendämpfungsge-setze, der zwischen den Krankenkassen und Ärzten sowie Zahnärzten vereinbarten freiwilligen Vergütungsbeschränkungen und der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Davor waren die ärztlichen Einkünfte kräftig gestiegen⁹.

Prinzipiell ist der Reinertrag einer Arztpraxis um so größer, je mehr Personal und Technik eingesetzt werden¹⁰. Stark ausgeprägt ist die Streuung der Einkünfte zwischen den einzelnen Facharzttrichtungen: 1985 betragen bei durchschnittlichen Einkünften aus selbständiger ärztlicher Tätigkeit in Höhe von 172 000 DM die Einkünfte¹¹ der

Laborärzte	692 000 DM,
Radiologen mit großer Praxis	387 000 DM,
Radiologen mit kleinerer Praxis	236 000 DM,
Orthopäden	232 000 DM,
Augenärzte	226 000 DM,
Urologen	211 000 DM,
Hals-, Nasen- und Ohrenärzte	208 000 DM,
Internisten	191 000 DM,
Hautärzte	191 000 DM,
Chirurgen	178 000 DM,
Neurologen	175 000 DM,
Gynäkologen	164 000 DM,
Allgemeinärzte	143 000 DM,
Kinderärzte	132 000 DM.

Allerdings hatten diejenigen Facharztgruppen, die Durchschnittseinkünfte von mehr als 200 000 DM erzielten, nur einen Anteil von knapp einem Viertel an der Zahl der freiberuflich tätigen und von einem Zehntel an der Zahl sämtlicher Ärzte (einschließlich derjenigen Ärzte, die in Krankenhäusern, Verwaltung und Forschung arbeiteten).

Die Zahl der freiberuflich tätigen Zahnärzte war 1983 etwas geringer als 1980. Hier gab es ein Abnahme vor allem im Bereich der höheren und höchsten Einkünfte. Die durchschnittlichen Einkünfte aus selbständiger zahnärztlicher Tätigkeit waren 1983 mit 230 000 DM um 4 vH niedriger als 1980 (239 000 DM).

Indes blieb die materielle Lage der Zahnärzte günstig. Der Anteil der Einkommensmillionäre war hier auch 1983 höher als bei den übrigen freien Berufen. In den letzten Jahren sind die zahnärztlichen Einkünfte allerdings weiter

⁶ Vgl. Manfred Euler: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1983 nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 7/1987, S. 579 bis 589.

⁷ Vgl. Norbert Fuß: Die Lohn- und Einkommensteuerstatistiken. In: Gerhard Fürst (Herausgeber): Stand der Einkommensstatistik. Individual- und Haushaltseinkommen, Einkommensschichtung. Göttingen 1974.

⁸ Zusammen veranlagte Ehegatten, die beide Einkünfte aus selbständiger Arbeit beziehen, werden in der Einkommensteuerstatistik jeweils als ein Steuerpflichtiger gezählt.

⁹ Vgl. Walter Wittig: Zur Einkommensentwicklung bei Ärzten und Zahnärzten. In: Die Ortskrankenkasse. Nr. 11/1985, S. 453 bis 458.

¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 2, Unternehmen und Arbeitsstätten, Reihe 1.6.1, Kostenstruktur bei Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten 1983.

¹¹ Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. Nr. 48/1987, S. 1.

Tabelle 2

**Einkommenschichtung der Steuerpflichtigen in ausgewählten freien Berufen¹⁾
nach der Höhe ihrer Einkünfte aus selbständiger Arbeit**

Einkünfte aus selbständiger Arbeit von ... bis unter ... DM	1980		1983		Nachrichtl.: Veränderung der Zahl in vH
	Zahl	vH	Zahl	vH	
Ärzte					
unter 12 000	998	1,8	1 125	2,0	+ 12,7
12 000 ... 25 000	1 944	3,5	2 061	3,7	+ 6,0
25 000 ... 50 000	4 458	8,1	4 866	8,7	+ 9,2
50 000 ... 75 000	4 553	8,3	4 857	8,7	+ 6,7
75 000 ... 100 000	5 188	9,4	5 307	9,5	+ 2,3
100 000 ... 250 000	26 027	47,3	25 708	46,1	- 1,2
250 000 ... 500 000	10 001	18,2	9 934	17,8	- 0,7
500 000 ... 1 Mill.	1 643	3,0	1 672	3,0	+ 1,8
1 Mill. oder mehr	230	0,4	259	0,5	+ 12,6
Zusammen	55 042	100,0	55 789	100,0	+ 1,4
Zahnärzte ²⁾					
unter 12 000	249	1,1	230	1,1	- 7,6
12 000 ... 25 000	542	2,5	561	2,6	+ 3,5
25 000 ... 50 000	1 267	5,8	1 229	5,8	- 3,0
50 000 ... 75 000	1 418	6,5	1 441	6,8	+ 1,6
75 000 ... 100 000	1 502	6,9	1 632	7,7	+ 8,7
100 000 ... 250 000	8 916	41,1	9 012	42,3	+ 1,1
250 000 ... 500 000	6 018	27,7	5 627	26,4	- 6,5
500 000 ... 1 Mill.	1 583	7,3	1 391	6,5	- 12,1
1 Mill. oder mehr	216	1,0	174	0,8	- 19,4
Zusammen	21 711	100,0	21 297	100,0	- 1,9
Rechtsanwälte und Notare ³⁾					
unter 12 000	835	4,1	1 136	4,9	+ 36,0
12 000 ... 25 000	1 595	7,9	1 866	8,1	+ 17,0
25 000 ... 50 000	3 631	18,0	3 787	16,5	+ 4,3
50 000 ... 75 000	3 066	15,2	3 327	14,5	+ 8,5
75 000 ... 100 000	2 433	12,1	2 528	11,0	+ 3,9
100 000 ... 250 000	6 418	31,8	7 361	32,0	+ 14,7
250 000 ... 500 000	1 722	8,5	2 229	9,7	+ 29,4
500 000 ... 1 Mill.	419	2,1	647	2,8	+ 54,4
1 Mill. oder mehr	51	0,3	119	0,5	+ 133,3
Zusammen	20 170	100,0	23 000	100,0	+ 14,0
Wirtschafts- und Buchprüfer					
unter 12 000	54	3,5	25	2,7	- 53,7
12 000 ... 25 000	85	5,6	44	4,7	- 48,2
25 000 ... 50 000	200	13,1	101	10,7	- 49,5
50 000 ... 75 000	232	15,2	123	13,1	- 47,0
75 000 ... 100 000	175	11,5	108	11,5	- 38,3
100 000 ... 250 000	579	38,0	320	34,0	- 44,7
250 000 ... 500 000	154	10,1	161	17,1	+ 4,5
500 000 ... 1 Mill.	40	2,6	57	6,1	+ 42,5
1 Mill. oder mehr	3	0,2	3	0,3	0,0
Zusammen	1 522	100,0	942	100,0	38,1
Steuerberater und -bevollmächtigte					
unter 12 000	1 011	5,1	891	4,1	- 11,9
12 000 ... 25 000	1 726	8,8	1 635	7,5	- 5,3
25 000 ... 50 000	3 624	18,5	3 617	16,7	- 0,2
50 000 ... 75 000	3 447	17,5	3 424	15,8	- 0,7
75 000 ... 100 000	2 727	13,9	2 869	13,2	+ 5,2
100 000 ... 250 000	5 983	30,5	7 477	34,4	+ 25,0
250 000 ... 500 000	945	4,8	1 533	7,1	+ 62,2
500 000 ... 1 Mill.	160	0,8	232	1,1	+ 45,0
1 Mill. oder mehr	19	0,1	35	0,2	+ 84,2
Zusammen	19 642	100,0	21 713	100,0	+ 10,5

noch Tabelle 2

**Einkommensschichtung der Steuerpflichtigen in ausgewählten freien Berufen¹⁾
nach der Höhe ihrer Einkünfte aus selbständiger Arbeit**

Einkünfte aus selbständiger Arbeit von ... bis unter ... DM	1980		1983		Nachrichtl.: Veränderung der Zahl in vH
	Zahl	vH	Zahl	vH	
Architekten⁴⁾					
unter 12 000	1 966	6,9	2 417	8,3	+ 22,9
12 000 ... 25 000	3 075	10,7	3 383	11,6	+ 10,0
25 000 ... 50 000	6 503	22,7	6 427	22,0	- 1,2
50 000 ... 75 000	5 182	18,1	5 178	17,7	- 0,1
75 000 ... 100 000	3 584	12,5	3 566	12,2	- 0,5
100 000 ... 250 000	6 730	23,5	6 632	22,7	- 1,5
250 000 ... 500 000	1 234	4,3	1 323	4,5	+ 7,2
500 000 ... 1 Mill.	283	1,0	240	0,8	- 15,2
1 Mill. oder mehr	48	0,2	67	0,2	+ 39,6
Zusammen	28 605	100,0	29 233	100,0	+ 2,2
Ingenieure und Techniker					
unter 12 000	900	8,4	1 020	8,8	+ 13,3
12 000 ... 25 000	1 307	12,2	1 456	12,6	+ 11,4
25 000 ... 50 000	2 817	26,4	2 837	24,5	+ 0,7
50 000 ... 75 000	1 931	18,1	2 192	18,9	+ 13,5
75 000 ... 100 000	1 108	10,4	1 329	11,5	+ 19,9
100 000 ... 250 000	2 038	19,1	2 175	18,8	+ 6,7
250 000 ... 500 000	427	4,0	458	3,9	+ 7,3
500 000 ... 1 Mill.	117	1,1	107	0,9	+ 8,5
1 Mill. oder mehr	25	0,2	25	0,2	0,0
Zusammen	10 670	100,0	11 599	100,0	+ 8,7
Künstlerische Berufe					
unter 12 000	3 096	36,1	4 283	38,9	+ 38,3
12 000 ... 25 000	2 090	24,3	2 690	24,4	+ 28,7
25 000 ... 50 000	1 705	19,9	2 020	18,3	+ 18,5
50 000 ... 75 000	721	8,4	867	7,9	+ 20,2
75 000 ... 100 000	370	4,3	426	3,9	+ 15,1
100 000 ... 250 000	487	5,7	565	5,1	+ 16,0
250 000 ... 500 000	93	1,1	117	1,1	+ 25,8
500 000 ... 1 Mill.	20	0,2	37	0,3	+ 85,0
1 Mill. oder mehr	6	0,1	6	0,1	0,0
Zusammen	8 588	100,0	11 011	100,0	+ 28,2
¹⁾ Ohne zusammenveranlagte Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit. — ²⁾ Einschließlich Dentisten, ohne Zahntechniker. — ³⁾ Einschließlich Patentanwälte. — ⁴⁾ Einschließlich Garten-, Landschafts- und Innenarchitekten sowie Vermessungs- und Bauingenieure, ohne Film- und Bühnenarchitekten. Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1980, Einkommensteuer 1983.					

gesunken; 1987 fielen sie nach Angaben der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung im Durchschnitt um etwa 10 vH niedriger aus als 1983.

Die Einkünfte anderer Berufsgruppen

Der Personenkreis freiberuflich tätiger *Rechtsanwälte und Notare* hat sich von 1980 bis 1983 beträchtlich vergrößert.

Für die Zulassung zum rechtswissenschaftlichen Studium gibt es — anders als etwa für das human-, zahn- und tiermedizinische Studium¹² — keinen „Numerus clausus“; über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen werden hier lediglich die Bewerber auf Studienorte verteilt. Weil von der expandierenden Zahl der

¹² In der Humanmedizin stehen für rund ein Drittel, in der Zahnmedizin für ein Viertel und in der Tiermedizin für ein Fünftel der Bewerber Studienplätze zur Verfügung.

Tabelle 3

**Durchschnittliche Einkünfte aus selbständiger Arbeit
der Steuerpflichtigen in ausgewählten freien Berufen¹⁾
in DM**

Berufsgruppe	1980	1983	Nachrichtlich: Veränderung in vH
Ärzte	180 858	179 592	- 0,7
Zahnärzte ²⁾	239 463	229 909	- 4,0
Rechtsanwälte und Notare ³⁾	122 926	135 983	+ 10,6
Wirtschafts- und Buchprüfer	138 746	177 455	+ 27,9
Steuerberater u. -bevollmächtigte	99 928	114 563	+ 14,6
Architekten ⁴⁾	91 625	90 698	- 1,0
Ingenieure und Techniker	86 403	84 098	- 2,7
Künstlerische Berufe	37 098	35 485	- 4,3

¹⁾ Ohne zusammenveranlagte Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit. — ²⁾ Einschließlich Dentisten, ohne Zahntechniker. — ³⁾ Einschließlich Patentanwälte. — ⁴⁾ Einschließlich Garten-, Landschafts- und Innenarchitekten sowie Vermessungs- und Bauingenieure, ohne Film- und Bühnenarchitekten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1980, Einkommensteuer 1983.

Hochschulabsolventen mit juristischer Ausbildung nur der kleinere Teil eine Anstellung beim Staat findet, steigt die Zahl der Rechtsanwaltspraxen schon seit längerem. Nach der Höhe ihrer Einkünfte aus selbständiger Arbeit geordnet, ist von 1980 bis 1983 die Zahl der Rechtsanwälte und Notare in allen hier unterschiedenen Größenklassen gestiegen, am stärksten indes im Bereich recht hoher Einkünfte. Die Durchschnittseinkünfte erhöhten sich von 123 000 DM auf 136 000 DM (+11 vH); auch die Streuung der Einkünfte nahm zu.

Die Zahl der freiberuflich tätigen *Wirtschafts- und Buchprüfer* wird in der Einkommensteuerstatistik von 1983 um fast zwei Fünftel niedriger, die der *Steuerberater und Steuerbevollmächtigten* um ein Zehntel höher ausgewiesen als in der Statistik von 1980. Diese Berufsgruppen sind nicht exakt voneinander zu trennen; der weitaus größere Teil aller Wirtschaftsprüfer besitzt auch die Berufsqualifikation des Steuerberaters. In der Gliederung der Berufsgruppen nach der Höhe ihrer Einkünfte aus selbständiger Arbeit nahm von 1980 bis 1983 die Besetzung der unteren und mittleren Größenklassen ab. Offenbar haben hier „Grenzunternehmer“ ihre selbständige Tätigkeit aufgegeben. Zumindest ein Teil davon wechselte vermutlich in eine abhängige Beschäftigung, denn die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in prüfenden sowie steuerberatenden Unternehmen hat sich erhöht¹³.

Beträchtlich gestiegen ist der Anteil derjenigen Wirtschaftsprüfer, die in einer Prüfungspraxis oder -gesellschaft abhängig beschäftigt sind und zugleich eine selbständige Tätigkeit ausüben. Selbständige Steuerberatung ist demgegenüber mitunter eine „Teilzeitbeschäftigung“ von Hausfrauen. Von 1980 bis 1983 stiegen die Durchschnittseinkünfte der Wirtschafts- und Buchprüfer aus ihrer selbständigen Arbeit von 139 000 DM auf 177 000 DM (+28 vH), die der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten von 100 000 DM auf 115 000 DM (+15 vH).

Die Zahl der selbständigen *Architekten* hat sich im Beobachtungszeitraum nur wenig erhöht, die der freischaffenden *Ingenieure und Techniker* indes ist nennenswert gestiegen. Wohl in erster Linie als Folge der labilen Lage im Bauwesen verringerten sich die Einkünfte, die die Angehörigen beider Berufsgruppen aus ihrer selbständigen Tätigkeit erzielten. Von 1980 bis 1983 sanken die der Architekten von 92 000 DM auf 91 000 DM (-1 vH), die der Ingenieure und Techniker gingen von 86 000 DM auf 84 000 DM zurück (-3 vH).

Beträchtlich vergrößert hat sich der Kreis freiberuflich Tätiger in *künstlerischen Berufen*. Angehörige dieser Berufsgruppe bleiben mit ihren durchschnittlichen Einkünften aus selbständiger Arbeit — 1980: 37 000 DM und

Tabelle 4

**Relative Streuung¹⁾ der Einkünfte aus selbständiger Arbeit
der Steuerpflichtigen in ausgewählten freien Berufen²⁾**

Berufsgruppe	1980	1983
Ärzte	0,83	0,88
Zahnärzte ³⁾	0,82	0,82
Rechtsanwälte und Notare ⁴⁾	1,06	1,20
Wirtschafts- und Buchprüfer	0,96	0,92
Steuerberater u. -bevollmächtigte	0,96	0,98
Architekten ⁵⁾	1,20	1,37
Ingenieure und Techniker	1,40	1,40
Künstlerische Berufe	1,87	1,96

¹⁾ Variationskoeffizient = Standardabweichung, bezogen auf den arithmetischen Mittelwert. — ²⁾ Ohne zusammenveranlagte Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit. — ³⁾ Einschließlich Dentisten, ohne Zahntechniker. — ⁴⁾ Einschließlich Patentanwälte. — ⁵⁾ Einschließlich Garten-, Landschafts- und Innenarchitekten sowie Vermessungs- und Bauingenieure, ohne Film- und Bühnenarchitekten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1980, Einkommensteuer 1983.

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 2, Unternehmen und Arbeitsstätten, Reihe 1.6.2, Kostenstruktur bei Rechtsanwälten und Anwaltsnotaren, bei Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten, bei Architekten und beratenden Ingenieuren 1979 und 1983.

Tabelle 5

**Anteil einzelner Einkunftsarten und der ausgeglichenen Verluste
am Gesamtbetrag der Einkünfte in ausgewählten freien Berufen¹⁾
in vH**

Berufsgruppe	selbständiger Arbeit	nicht- selbständiger Arbeit	Einkünfte aus Kapital- vermögen	Vermietung und Verpachtung	Aus- gegliche- ne Verluste
1980					
Ärzte	96,7	9,0	3,2	0,8	- 11,2
Zahnärzte ²⁾	104,3	3,7	3,1	0,7	- 12,4
Rechtsanwälte und Notare ³⁾	95,0	9,0	4,2	1,5	- 12,0
Wirtschafts- und Buchprüfer	92,5	8,7	6,1	1,6	- 12,7
Steuerberater und -bevollmächtigte	96,7	11,1	3,7	1,0	- 15,4
Architekten ⁴⁾	92,3	9,4	3,1	2,4	- 11,0
Ingenieure und Techniker	91,1	11,6	3,1	1,0	- 9,9
Künstlerische Berufe	75,3	22,9	3,0	0,9	- 8,0
1983					
Ärzte	99,7	10,6	3,1	0,9	- 16,3
Zahnärzte ²⁾	108,9	4,8	3,2	0,8	- 18,9
Rechtsanwälte und Notare ³⁾	100,0	9,7	3,3	1,3	- 16,7
Wirtschafts- und Buchprüfer	94,6	9,6	6,0	1,5	- 16,7
Steuerberater und -bevollmächtigte	101,3	12,7	3,8	1,0	- 21,6
Architekten ⁴⁾	95,2	11,6	3,6	2,5	- 16,5
Ingenieure und Techniker	94,4	13,4	3,2	1,2	- 15,2
Künstlerische Berufe	75,7	26,2	3,1	0,9	- 11,1

1) Ohne zusammenveranlagte Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit. — 2) Einschließlich Dentisten, ohne Zahntechniker. — 3) Einschließlich Patentanwälte. — 4) Einschließlich Garten-, Landschafts- und Innenarchitekten sowie Vermessungs- und Bauingenieure, ohne Film- und Bühnenarchitekten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1980, Einkommensteuer 1983.

1983: 35 000 DM — deutlich hinter den in anderen freien Berufen erzielten Einkommen zurück. Allerdings ist die Streuung der Einkünfte, die freischaffende Künstler beziehen, vergleichsweise recht hoch und hat von 1980 bis 1983 noch zugenommen. Mehr als die Hälfte der freischaffenden Künstler versteuerte jeweils lediglich Einkünfte bis zu 25 000 DM.

Gesamteinkünfte und Verluste der freiberuflich Tätigen

Neben den Einkünften aus selbständiger Arbeit bezieht ein großer Teil der freiberuflich Tätigen Einkünfte aus anderen Quellen. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sind vor allem für selbständig tätige Künstler von Gewicht; sie machten hier 1983 im Durchschnitt mehr als ein Viertel der gesamten Einkünfte aus. Doch auch für Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Architekten, die eine Praxis betreiben und zugleich abhängig beschäftigt sind, sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit von Bedeutung. Zinsen und Dividenden haben bei Wirtschafts- und Buchprüfern, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung bei Architekten einen ver-

gleichsweise hohen Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte. Generell nimmt das Gewicht der Nebeneinkünfte ab, wenn die aus selbständiger Arbeit erzielten Einkünfte steigen.

In zunehmendem Maße nutzten die Angehörigen freier Berufe die Möglichkeit, Einkünfte und Verluste miteinander zu verrechnen. Steuermindernd schlugen hier ganz überwiegend die Verluste aus Vermietung und Verpachtung zu Buche¹⁴; die von freiberuflich Tätigen im Durchschnitt steuerlich geltend gemachten Verluste dieser Art sind von 1980 bis 1983 nahezu um die Hälfte gestiegen. Der für die Einkommensbesteuerung maßgebliche Gesamtbetrag der Einkünfte¹⁵ wurde 1980 um 12 vH, 1983 um 17 vH über Verlustanrechnungen verringert.

Stärker als die übrigen Gruppen der freien Berufe profitierten Steuerberater und Steuerbevollmächtigte sowie

¹⁴ Vgl. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung: Steuerliche Verluste im Wohnungsbau nehmen rasch zu. Bearb.: Bernd Bartholmai. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 21/1985, S. 247 bis 253.

¹⁵ Aus dem Gesamtbetrag der Einkünfte ergibt sich das zu versteuernde Einkommen durch Abzug der Sonderausgaben, der Aufwendungen für außergewöhnliche Belastungen und der Freibeträge.

Zahnärzte von der rechnerischen Kürzung der Einkünfte. Hier waren die steuerlich geltend gemachten Verluste 1983 (bei Zahnärzten schon 1980) im Durchschnitt höher als die zusätzlichen Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung sowie aus anderen Quellen zusammen.

An der Gesamtzahl der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen (1980: 21,5 Mill., 1983: 21,8 Mill.) hatten die freiberuflich Tätigen einen Anteil von jeweils gut 1 vH. Vom gesamten Betrag der Einkünfte (1980: 768 Mrd. DM, 1983: 835 Mrd. DM) entfielen auf die Mitglieder der freien Berufe in beiden Jahren etwas mehr als 4 vH. An der Zahl der Einkommensteuerpflichtigen, deren Einkünfte die Millionengrenze überschritten (1980: 10 150, 1983: 10 300), waren die freien Berufe jeweils mit reichlich 8 vH beteiligt.

Ausblick

Mit steigender Zahl der Hochschulabgänger hat sich der Kreis der freiberuflich Tätigen seit 1983 weiter vergrößert.

Gleichzeitig mußten mitunter sogar „etablierte“ Freiberufler einen Rückgang ihrer Einkünfte hinnehmen. In der Mehrzahl der Fälle blieben diese aber wohl doch auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Auch für die nähere Zukunft ist mit einer zahlenmäßigen Zunahme der freiberuflich Tätigen zu rechnen, denn die Anzahl der Hochschulabsolventen expandiert vorerst weiter¹⁶. Allerdings haben bei anhaltendem Angebotsdruck — exemplarisch als „Ärzteberg“ oder „Juristenschwemme“ bezeichnet — junge Akademiker hier selbst bei reduzierten Einkommenserwartungen ungewisse Berufsaussichten. Seit längerem nimmt die Zahl der arbeitslosen Hochschulabgänger auch in den für freie Berufe typischen Fachrichtungen zu; sie wird weiter steigen.

¹⁶ Vgl. Erwerbstätigkeit von Akademikern und Absolventen der Hochschulen. Bearb.: Wolfgang Jeschek und Oskar de la Chevallerie. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 9/1988, S. 129 bis 134.

Das Gaststättengewerbe in der DDR

In der DDR ist das Gaststättengewerbe lange Zeit extrem vernachlässigt worden. Trotz einiger Anstrengungen in den letzten zehn Jahren reicht das Angebot quantitativ wie qualitativ nicht aus. Die Unzulänglichkeiten werden von der Bevölkerung in zunehmendem Maße als Ärgernis empfunden; sie beeinträchtigen die Lebensqualität ebenso wie Versorgungslücken im Konsumgüterangebot. Von der Wirtschaftsführung wurde wiederholt der Zusammenhang zwischen Versorgungslage und Leistungsbereitschaft herausgestellt. Eine besondere Möglichkeit, Engpässe abzubauen, sieht man in der Belebung der Privatinitiative: Die bereits 1976 eingeleiteten Fördermaßnahmen für den privaten Sektor, also auch für private Gastronomen, sind im März 1988 durch einen Ministerratsbeschluß verstärkt worden.

Tendenzen der Nachfrage

Die private Nachfrage nach Gaststättenleistungen¹ setzt sich zusammen aus der Nachfrage der Inländer am Wohn- und Arbeitsort und auf Inlandsreisen sowie der Nachfrage von Ausländern in der DDR. In allen Bereichen ist der Bedarf gestiegen.

An den Werktagen wird das Mittagessen von einem relativ großen Teil der Bevölkerung in Einrichtungen der sogenannten Gemeinschaftsverpflegung eingenommen (1984: in Betrieben von 70 vH der Beschäftigten, in Schulen von 80 vH der Schüler). Während am Tage in den öffentlichen Gaststätten² überwiegend eine schnelle und preisgünstige Versorgung gewünscht wird, zielt am Feierabend und am Wochenende die Nachfrage mehr auf hochwertige Speisen in einer ansprechenden Atmosphäre. Steigende Einkommen, mehr Freizeit sowie die Tendenz zur Freizeitgestaltung außerhalb organisierter Gruppenaktivitäten haben die Nachfrage verstärkt. Hinzu kommt die hohe Frauenbeschäftigung, der große Zeitaufwand für Lebensmitteleinkäufe sowie das geringe Angebot an vorgefertigten Speisen und Tiefkühlprodukten. Bei ausreichendem Platzangebot wären Gaststättenbesuche weit häufiger, auch in Anbetracht der erschwinglichen Preise.

Die Zahl der Urlaubsreisen (d.h. Reisen mit mehr als 6 Übernachtungen) lag 1986 mit 12 Millionen um 40 vH über der von 1973. Dabei dominieren Inlandsreisen mit schätzungsweise 9 Millionen. Ein großer Teil entfällt auf Urlauber, die in FDGB- und Betriebsheimen verköstigt werden (5,1 Mill.). Nachfragerrelevant für Gaststätten sind in jedem Falle die übrigen Reisenden. Aber auch Urlauber in FDGB- oder Betriebsheimen haben häufig den Wunsch, durch einen individuellen Gaststättenbesuch dem Gruppendasein zu entinnen oder sich etwas Besseres zu leisten. Nach der letzten veröffentlichten Untersuchung aus dem Jahre 1977 wollten 30 vH der Urlauber das Mittag- oder Abendessen in einer Gaststätte einnehmen, 40 vH beabsichtigten einen Besuch zum Trinken und Unterhalten. Die Hälfte der Befragten bezeichnete allerdings das Sitzplatzangebot zum Einnehmen einer warmen Mahlzeit als nicht ausreichend. Tagesreisen und Kurzreisen (2 bis 6 Tage) bringen ebenfalls Nachfrage nach Gaststättenleistungen mit sich. Für 1983 meldet die

Statistik 8 Tagesausflüge je Einwohner und 1,5 Kurzreisen im Inlandstourismus³, die Tendenz ist stark steigend.

Zweifelloos belastet auch der Besucherstrom aus sozialistischen Ländern die Kapazität des Gaststättengewerbes, wenngleich es sich wegen der Devisenknappheit zu einem großen Teil um Selbstversorger handelt. Die Reisenden aus der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) stellen die größte Gruppe unter den westlichen Besuchern. Im Jahr 1987 reisten etwa 5,5 Mill. Personen in die DDR und nach Berlin (Ost)⁴. Das Gros (gut 90 vH) trifft sich mit Verwandten und wird in aller Regel auch von diesen verköstigt; gelegentliche Restaurantbesuche werden allerdings schon deshalb unternommen, damit die durch den Mindestumtausch vorhandenen Beträge ausgegeben werden⁵.

Einen Anhaltspunkt über die Gesamtzahl der in- und ausländischen Touristen vermitteln Angaben aus dem

¹ Gegenstand des folgenden Berichts ist das öffentliche Netz des Gaststättenwesens einschließlich Gaststätten in Hotels (ohne Einrichtungen der sogenannten „Gemeinschaftsverpflegung“ wie Betriebskantinen, Mensen, Einrichtungen der Schüler- und Kinderspeisung). Vgl. dazu auch Maria Haendcke-Hoppe: Das Gaststättenwesen in der DDR. FS-Analysen. Heft 4/1979. Seit 1978 liegen keine Angaben mehr zu Gaststättenzählungen vor. Die Analyse beruht auf Einzelangaben. Ausgewertet wurden vor allem die Tagespresse, die Presse-Informationen des Ministerrates, die Zeitschriften Der Handel, Gastronomie und einige Monographien.

² Ein Teil der öffentlichen Gaststätten übernimmt auch Funktionen der Gemeinschaftsverpflegung durch ein Angebot von Abonnementessen. Für 1986 wurde die Zahl der Berufstätigen und Schüler, die wochentags eine warme Mahlzeit in einer Gaststätte einnehmen, mit 500 000 beziffert. (Vgl. Presse-Informationen vom 25. Februar 1986, S. 6).

³ Vgl. Gastronomie. Heft 1/1984, S. 6.

⁴ Nach Angaben des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen.

⁵ 1987 unternahmen 230 000 Bundesbürger eine Reise durch Vermittlung eines Reisebüros, davon allerdings die Hälfte als Tagesfahrt. Die Nachfrage nach Studien- und Besichtigungsreisen (z.B. Weimar, Semper-Oper Dresden) kann wegen der knappen Hotelkapazitäten nicht befriedigt werden. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 7. März 1988, S. 16. — Die Zahl derjenigen, die jährlich gerne mehr als fünf Tage Urlaub in der DDR machen würden, wird von Branchenkennern auf gut eine Million geschätzt. Vgl. FAZ vom 20. April 1988, S. 5.

Jahre 1985, wonach allein in den Monaten Juli und August 9 Mill. Urlauber und Touristen gastronomisch zu versorgen waren.

Mit 3,4 Mill. Personen, darunter mehr als einem Viertel auf Campingplätzen, konzentrieren sich die Urlauber auf das Küstengebiet, überdies zu 90 vH auf die Monate Mai bis September. Hinzu kommen dort noch 10 Mill. Tagesbesucher pro Jahr. Hier treten die Engpässe des Gaststättengewerbes am schärfsten in Erscheinung: Die Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, sind zudem noch zu einem großen Teil von minderem Niveau (renovierungsbedürftige Saisonbetriebe, Stehimbüß u. dergleichen). Nicht einmal die Getränkeversorgung ist nach Menge und Sortiment gesichert.

Günstiger ist die Situation in den Mittelgebirgen (Harz, Thüringer Wald, Erzgebirge, Vogtland), wo sich die Urlauber regional und zeitlich besser verteilen.

Städte mit kulturhistorischen Sehenswürdigkeiten können den in- und ausländischen Touristenandrang gastronomisch zumeist nicht adäquat bewältigen. Allerdings sind hier einige Anstrengungen zu verzeichnen; im Zuge der Restaurierung und Erneuerung der Innenstädte wurden zahlreiche Gaststätten eingerichtet.

Eigentumsformen

Im Bereich Handel und Gaststätten wird zwischen dem volkseigenen (HO), dem genossenschaftlichen und dem

privaten Sektor unterschieden. Außerdem gibt es noch die beschränkt abhängigen Kommissionsgaststätten.

Mit rund 10 000 Gaststätten dominiert der *volkseigene Sektor*. Jede fünfte Gaststätte ist ein Unternehmen der *Konsumgenossenschaften* (6 100 Betriebe). Mit rund 270 000 (1985) ständig genutzten Plätzen stellen diese Betriebe knapp 18 vH der Kapazität (Umsatzanteile sind nicht bekannt). Der Schwerpunkt liegt bei den 5 000 Einrichtungen auf dem Lande. Die genossenschaftlichen Gaststätten sind faktisch ebenso in das staatliche Leitungssystem eingebunden wie die der HO, da die Konsumgenossenschaften dem Ministerium für Handel und Versorgung unterstellt sind. Die staatlichen Handelsorganisationen und die Konsumgenossenschaften bilden zusammen den sozialistischen Sektor, auf den 84 vH des gesamten Umsatzes entfallen.

Die offizielle Haltung zu *privaten Unternehmen* im Gaststättenbereich hat sich im Laufe der Jahre gewandelt. In den fünfziger Jahren waren sie bei der Warenzuteilung und in steuerlicher Hinsicht benachteiligt. Nach 1956 wurde der Abschluß von Kommissionsverträgen forciert⁶.

⁶ Mit dem Abschluß eines Kommissionsvertrages führt der Gastwirt seinen Betrieb in eigenem Namen, aber auf Rechnung eines sozialistischen Betriebes; er erhält für seine Tätigkeit eine Provision. Durch die erforderlichen Vereinbarungen über Umsatz, Sortiment und Versorgungsfunktion ist er in gewissem Umfang der staatlichen Planung unterworfen. Er nimmt damit eine mittlere Stellung zwischen einem privaten Kaufmann und einem Angestellten der HO oder Konsumgenossenschaften ein. In der DDR wird er vielfach zum Privatsektor gezählt.

Anzahl der Gaststätten in der DDR nach Eigentumsformen

	1960	1968	1978 ¹⁾	1985 ¹⁾
Öffentliche Gaststätten				
Insgesamt	30 567	26 293	25 691	26 918
Sozialistischer Einzelhandel	12 719	12 726	16 200	16 000
dar.: Konsumgenossenschaften	4 888	5 419	6 100	6 100
Kommissionseinzelhandel ²⁾	8 215	9 342	7 500	8 000
Privater Einzelhandel	9 633	4 225	2 000	3 000
Sitzplätze in ständig genutzten Gasträumen ³⁾ (in Mill.)	1,60	1,41	1,49	1,54
Alle Gaststätten⁴⁾				
Insgesamt	34 423	34 235	33 916	36 171
Sozialistischer Einzelhandel	16 090	20 490	24 132	25 327
dar.: Konsumgenossenschaften	4 888	5 444	6 162	6 176
Kommissionseinzelhandel ²⁾	8 281	9 458	7 672	8 000
Privater Einzelhandel	10 052	4 287	2 112	3 000

¹⁾ Aufteilung nach Eigentumsformen z.T. geschätzt. — ²⁾ Einschließlich Betriebe mit staatlicher Beteiligung. — ³⁾ Ohne Plätze in nicht ständig gastronomisch genutzten Räumen sowie ohne Freiplätze (Gärten, Terrassen usw.). — ⁴⁾ Öffentliche Gaststätten sowie Gaststätten der Mitropa, von Betrieben und Institutionen, in FDGB-Ferienheimen und sonstige nicht-öffentliche gastronomische Einrichtungen (z.B. Werkküchen, Kantinen).

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; RGW-Jahrbuch 1987; Maria Haendcke-Hoppe: Das Gaststättenwesen in der DDR. FS-Analysen, Heft 4/1979; Berechnungen und Schätzungen des DIW anhand von diversen Einzelmeldungen aus DDR-Publikationen.

Bis 1978 gaben immer mehr private Gastwirte ihren Betrieb auf. 1952 gab es 33 400 Betriebe, 1978 nur noch 2 100.

Eine Kurskorrektur setzte 1976 ein. Die privaten Gewerbetreibenden — Gaststätten, Einzelhandel, Handwerk — werden seitdem als unentbehrlich für die Versorgung akzeptiert und gefördert. Es gibt nun wieder neue Gewerbe-genehmigungen für die Eröffnung (oder Weiterführung) privater oder Kommissionsgaststätten. Die Zahl der Beschäftigten in Kommissionsgaststätten ist gesetzlich auf 3 begrenzt, nach den vorliegenden Informationen werden indes Genehmigungen für eine größere Zahl von Beschäftigten ohne weiteres erteilt. Private Gaststätten und Kommissionsgaststätten sind von der Gewerbesteuer und während des ersten Jahres nach Eröffnung von der gesamten Steuerschuld befreit. Sie erhalten Kredite zu günstigen Konditionen.

Im Jahre 1984 wurde die Steuerfreiheit auf zwei Jahre ausgedehnt. Mit Wirkung vom 1. Mai 1985 trat eine neue Kreditverordnung in Kraft, mit der die bereits seit 1976 praktizierten Regelungen kodifiziert und erweitert wurden. Investitionskredite werden seitdem auch für bereits in Betrieb befindliche Gaststätten gewährt. Sie können für Kauf, Ausstattung, Modernisierung und Rationalisierung verwendet werden; sog. Umlaufmittelkredite gibt es z.B. für die Finanzierung von Materialvorräten. Die Zinssätze betragen in der Regel 5 %, die Rückzahlungsfrist beträgt für Investitionskredite maximal 8 Jahre.

Mit Hilfe der Fördermaßnahmen kam der Schrumpfungsprozeß zwar zum Stillstand. Durch Neugründungen konnten aber nur die zumeist aus Altersgründen erfolgten Geschäftsaufgaben ausgeglichen werden. Es ist nicht auszuschließen, daß es in der DDR inzwischen an unternehmerischen Persönlichkeiten fehlt, die bereit sind, das Wagnis und die Mühe der Selbständigkeit auf sich zu nehmen. Seit 1976 ist der Anteil der privaten und Kommissionsgaststätten an der Gesamtzahl aller öffentlichen Einrichtungen konstant geblieben, er beläuft sich aber immerhin auf 40 vH. Der Umsatzanteil — da es sich um Kleinbetriebe und zudem noch meist um solche der unteren Preisklassen handelt — liegt indes nur bei gut 16 vH; davon entfallen auf die Kommissionsgaststätten rd. 13 vH. Damit haben die privaten und Kommissionsgaststätten — nach dem privaten Handwerk mit einem Leistungsanteil von knapp 60 vH — die größte Bedeutung innerhalb der Privatwirtschaft, gefolgt vom Einzelhandel mit 8,5 vH.

Am 24. März 1988 hat der Ministerrat einen Beschluß über „Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Leistungsvermögens privater Einzelhändler und Gastwirte sowie zur Erhöhung der Versorgungsleistungen für die Bevölkerung“ gefaßt⁷. Die zuständigen kommunalen Verwaltungen sollen künftig Gewerbe-genehmigungen unbürokratischer und schneller erteilen. Für private Gastwirte ohne Kommissionsvertrag sollen im Jahr 1988 leistungsbezogene steuerliche Vergünstigungen in Kraft treten,

„die höhere Versorgungsleistungen gegenüber der Bevölkerung unterstützen sollen“. Als Schwerpunkte für die Lizenzen an private und Kommissionsgastwirte — gedacht ist dabei vor allem an Familienbetriebe — gelten dabei die folgenden:

- Bereits geschlossene Gaststätten sollen wiedereröffnet, zweckentfremdete Gewerberäume oder eigene Grundstücke genutzt werden.
- Zusätzliche Betriebe sollen vor allem in Urlauber-, Naherholungs- und Ausflugsgebieten entstehen.
- Gefördert werden auch Betriebe in Landgemeinden und Kleinstädten.
- Neben ambulanten Einrichtungen wie Kiosken zur Imbiß- und Getränkeversorgung sollen Gewerbe-genehmigungen vorrangig für Eisdielen/Eiscafés, Imbiß- und Bierstuben, Bäckereien mit kleinem Café und Gaststätten mit Fleischereien erteilt werden. Dabei sind auch nebenberufliche Tätigkeiten zu unterstützen.

Die Bezirke und Kreise werden aufgefordert, Analysen zur regionalen Versorgungslage sowie Entwicklungskonzeptionen für den Zeitraum von 1988 bis 1990 zu erarbeiten. Wahrscheinlich verspricht man sich von der Privatinitiative auch eine Instandsetzung heruntergekomener Gaststätten. Bei der Bevölkerung sind private und Kommissionseinrichtungen beliebt, da hier zumeist die persönliche Einsatzbereitschaft größer ist.

Die allgemeine zentrale Entwicklungskonzeption

Im Gaststättenwesen sollen nach den Plänen des Ministeriums für Handel und Versorgung folgende Richtlinien gelten:

- Vorrang vor dem Neubau hat die Modernisierung und Rekonstruktion.
- Nach Gaststättentypen wird eine überproportionale Entwicklung von Einrichtungen des gehobenen Bedarfs und solchen der Schnellgastronomie angestrebt. Gleichzeitig soll sich die Palette der Einrichtungen insgesamt verbreitern (z.B. Spezialitätenrestaurants, regionaltypische Gaststätten, Cafés).
- Die in der Volkswirtschaft allgemein verfolgte Politik der „Intensivierung“ ist auch ein Ziel bei den Gaststätten. Der Mechanisierungsgrad der Küchen soll erweitert, der Bezug vorgefertigter Speisen erhöht, das Netz der sogenannten Zentralen Vorfertigungsküchen (ZVK) ausgedehnt werden. Durch eine ZVK werden beispielsweise die 22 Cafés und Restaurants des Nikolaiviertels von Berlin (Ost) mit Backwaren und Speisen versorgt, die dann jeweils an Ort und Stelle noch verfeinert werden. Die Zahl der Imbiß- und Schnellgaststätten mit überwiegender Selbstbedie-

⁷ Vgl. Presse-Informationen vom 12. April 1988. S. 2.

Öffentliche Gaststätten nach Gaststättenarten Anteile in vH

	1984 (Ist)	1990 (Plan)	nach: geplanter Umsatz- anteil bis 1990
Schnell- gastronomie	10	15–20	35–40
gehobener Bedarf	5	8–10	20
traditionelle Gastronomie	85	77–70	45–40

Quellen: Hans Stündel u.a.: Technologie im Gaststätten- und Hotelwesen. Berlin (Ost) 1987, S. 29 sowie Der Handel, Heft 4/1984, S. 18.

nung und Produktspezialisierung (z.B. Pizza, Eintopf, Hähnchen) soll erhöht werden. Dabei sind bauliche Typenlösungen und geschlossene technologische Ketten (zentrale Produktvorfertigung, durchgängiger Vertrieb) vorgesehen. Die Öffnungszeiten der Gaststätten sollen den Bedarfsspitzen angepaßt, die Zahl der Ruhetage — vor allem in Saisoneinrichtungen — soll gesenkt werden. In Berlin (Ost) hat dies schon zu erkennbaren Erfolgen geführt⁸.

Insgesamt herrschen allerdings erheblicher Arbeitskräftemangel und eine hohe Fluktuation. Diese zu mindern dürfte schwierig sein, da die Arbeitsbedingungen, vor allem wegen der Schichtarbeit, wenig attraktiv sind. Allerdings soll die Einkommenslage — jedenfalls der Kellner — beachtlich sein⁹.

Preisstufen

Die Preise für Speisen werden nach staatlichen Kalkulationsrichtlinien gebildet (Materialkosten, Verarbeitungskosten, Gewinnspanne). Insbesondere für kalte Getränke, Kaffee und Tee liegen Festpreise gemäß staatlicher Preisanordnungen vor¹⁰. Gaststätten werden von den kommunalen Verwaltungen nach Preisklassen eingeteilt, aufsteigend vom niedrigsten Niveau bis zur Spitzenleistung in I, II, III, IV, S sowie S plus Zuschläge (10–100 vH). Seit 1984 werden die herkömmlichen Preisklassen zunehmend durch Qualitätskategorien ersetzt: A = Spitzenniveau, B = repräsentatives Niveau, C = gehobenes Niveau, D = Standardniveau¹¹. Faktisch geht damit eine allgemeine Anhebung des Preisniveaus einher. Die Stufe I ist ganz entfallen. Schon geringfügige Veränderungen in der Einrichtung u.ä. können eine höhere Preiskategorie be-

gründen. Deshalb dürfte eine offizielle Angabe aus dem Jahre 1985, nach der 90 vH aller Gaststätten in die unteren Preiskategorien I und II eingeordnet sind, nicht mehr zutreffen.

Gaststätnennetz und -leistungen

In der DDR gab es 1985 knapp 27 000 öffentliche Gaststätten. Der *Bestand* ist seit 1968 nur geringfügig gestiegen. Der Zugang durch Neubauten bzw. Neuerschließungen lag nur wenig höher als die Aufgabe aus Altersgründen oder wegen Baufälligkeit. Vielfach wurden ehemalige Gaststätten zu Läden, Büro- oder Geschäftsräumen. Auch wurden Einrichtungen mit Beherbergungsmöglichkeiten in Betriebsheime umgewandelt, mit der Auflage, eine Renovierung durchzuführen und eine zeitweilige öffentliche Nutzung anzubieten. Mit 16,2 Gaststätten auf 10 000 Einwohner ist die Versorgungsdichte in der DDR deutlich geringer als in der Bundesrepublik (24,4).

Die Zahl der ständig genutzten Plätze stieg von 1968 bis 1985 von 1,41 Mill. auf 1,54 Mill. Darin eingeschlossen sind die Restaurantkapazitäten der rd. 800 Hotels, darunter 32 Interhotels; hierbei handelt es sich zu einem geringen Teil um Valutarestaurants¹². Hinzu kommen noch etwa 342 000 Plätze auf Terrassen, Boulevards oder in Gärten¹⁴, um deren Erweiterung man sich in den letzten Jahren bemüht hat, auch um das Stadtbild zu beleben. Nicht ständig genutzte Plätze (laut Definition mit einer Nutzungszeit von weniger als 20 Stunden in der Woche) wurden für 1980 mit 44 vH von insgesamt 3,3 Mill. Plätzen beziffert¹⁵. Zunächst war man bestrebt, größere Betriebseinheiten zu schaffen, in den letzten Jahren hat man jedoch attraktiven kleineren Objekten den Vorzug gegeben. Die Durchschnittsausstattung je Gaststätte beträgt ge-

⁸ Vgl. Karl-Heinz Gerstner: Künftig weniger Schließtage in Gaststätten. In: Berliner Zeitung vom 4./5. Mai 1985, S. 3.

⁹ Das monatliche Gehalt eines Kellners in Gaststätten der höheren Preisklassen soll sich auf brutto 600 M belaufen, die Lohnprämie bei erfülltem Umsatzplan auf 200 M, der Schichtzuschlag ebenfalls auf 200 M. Das Trinkgeld wird auf 500 bis 1 000 M geschätzt.

¹⁰ Beispiel: Eine Flasche ausländischer Weißwein, mit einem Einkaufspreis von 16 M, kostet den Gast in der Preisstufe I: 16,65 M, II: 18,35 M, III: 19,50 M, IV: 20,65 M, S: 22,40 M, S: plus 100 vH: 44,80 M. Vgl. Ökonomisches Rechnen im Gaststättenwesen. Berlin (Ost) 1987, S. 66.

¹¹ A = S plus 60–100 vH; B = S plus 10–50 vH; C = S; D = II oder III.

¹² Für 1981 wurde die Zahl der Einrichtungen der Schüler- und Kinderspeisung mit 3 000 beziffert, die Betriebs- und kommunalen Großküchen mit 6 000.

¹³ Für 1979 wurde die Zahl der gastronomischen Plätze in den Interhotels mit 14 000 angegeben. Vgl. Gastronomie. Heft 3/1979, S. 1.

¹⁴ Vgl. Gastronomie. Heft 3/1986, S. 12.

¹⁵ Vgl. Gastronomie. Heft 3/1980, S. 13.

Entwicklung des Gaststättenumsatzes in der DDR

Fünf-jahres-durchschnitt Jahr	Gaststättenumsatz ¹⁾					
	Insgesamt			nach Eigentumsformen		
	in Mill. Mark	jährliche Zunahme in vH	in vH des gesamten Einzelhandelsumsatzes mit Nahrungs- u. Genußmitteln	Sozialistischer Einzelhandel	Kommis-sions-einzel-handel ²⁾	Privater Einzelhandel
1951-55	2 901	8,9	17,9	47,4	—	52,6
1956-60	4 001	6,3	18,3	62,0	6,8	31,2
1961-65	4 603	1,5	16,9	69,3	19,5	11,2
1966-70	5 757	5,8	17,5	72,9	20,0	7,1
1971-75	7 194	4,4	18,1	79,0	16,9	4,1
1976-80	8 726	3,3	18,5	83,3	13,8	2,9
1981	9 472	3,3	18,3	83,4	13,7	2,9
1982	9 631	1,7	18,3	83,4	13,7	2,9
1983	9 851	2,3	18,4	83,5	13,7	2,8
1984	10 158	3,1	18,4	83,5	13,6	2,9
1985	10 458	3,0	18,4	83,5	13,4	3,1
1986	10 811	3,4	18,5	83,8		16,2

¹⁾ Umsatz der öffentlichen Gaststätten, nominal. — ²⁾ Einschließlich Betriebe mit staatlicher Beteiligung.
Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Berechnungen des DIW.

genwärtig 58 ständig genutzte Plätze; je 1000 Einwohner verfügt das Gaststättennetz über knapp 93 Plätze (1978: 89). Für die Bundesrepublik liegen solche Meßgrößen nicht vor.

Die Zahl der *Arbeitskräfte* im (öffentlichen) Hotel- und Gaststättenwesen wird für 1980 mit knapp 200 000 beziffert und stagniert seither¹⁶. Schätzungsweise 180 000 sind in Gaststätten beschäftigt. Damit sind 1,6 vH aller Erwerbspersonen in diesem Bereich tätig (Bundesrepublik: 2,5 vH). Eine Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten, da nun in der gesamten Wirtschaft wieder Arbeitskräfteknappheit herrscht. In der DDR rechnet man damit, daß sich im Zeitraum von 1986 bis 1990 die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter um 50 000 reduziert. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte dürfte um 87 000 abnehmen, die der männlichen jedoch um rd. 37 000 zunehmen¹⁷.

Der *Umsatz* im öffentlichen Gaststättennetz hat sich von 1967 bis 1986 nominal verdoppelt. Das bedeutet eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 3 vH. Real dürfte die Entwicklung geringer zu veranschlagen sein, vor allem aufgrund von Preiserhöhungen, aber auch in Zusammenhang mit dem Vordringen der Einrichtungen der oberen Preisklassen.

Angaben zu den *Investitionen* liegen nur für den gesamten Binnenhandelsbereich vor, der mit einem Anteil von 2,7 vH (1986) an den Gesamtinvestitionen noch immer zu den vernachlässigten Sektoren der DDR-Wirt-

schaft zählt. Die absoluten Werte schwanken sehr (Höhepunkt 1977: 2,7 Mrd. M; Minimum 1983: 1,5 Mrd. M). An diesen Investitionen dürften die Gaststätten mit einem Drittel partizipiert haben. Hier bestand ein besonderer Nachholbedarf wegen der schlechten Bausubstanz¹⁸. Neubauten konzentrieren sich überwiegend auf die neuen Wohnsiedlungen, auf Berlin und die neuen Interhotels¹⁹. Es gibt bereits eigene Handwerkerbrigaden bei den HO und Konsumgenossenschaften, die sowohl Mobiliar fertigen als auch Renovierungsarbeiten in Gaststätten durchführen. Unter dem Begriff der „Staßfurter

¹⁶ Vgl. Der Handel. Heft 1/1980, S. 28 sowie Gastronomie. Heft 3/1987, S. 8. — Die Beschäftigtenzahl einschließlich der in der Gemeinschaftsverpflegung Tätigen beträgt über 320 000 (1981). Vgl. Gastronomie. Heft 1/1981, S. 1.

¹⁷ Vgl. Forschung der sozialistischen Berufsbildung. Heft 6/1987, S. 226.

¹⁸ Für 1973 wird folgende Struktur der vorhandenen Gaststätten dokumentiert: vor 1871 gebaut: 30,5 vH; 1871 bis 1900: 31,6 vH; 1901 bis 1930: 22,8 vH. Vgl. Norbert Körner u.a.: Zur Ökonomik des Gaststättenwesens. Berlin (Ost) 1978, S. 78.

¹⁹ 1971 bis 1985 wurden 3 000 Gaststätten neu gebaut, davon 1981 bis 1985 1 000 in Neubaugebieten. An anderer Stelle heißt es zu dieser Zahl von 1 000 exakter, daß es sich dabei sowohl um Neubau handele als auch um „Neuerschließungen durch Sanierung von Stadtzentren und Hauptgeschäftsstraßen sowie durch Rekonstruktionsmaßnahmen in ländlichen Wohngebieten“. 1971 bis 1979 wurde jede 2. Gaststätte rekonstruiert. 1976 bis 1980 wurden 8 300 Objekte renoviert und rekonstruiert. 1981 bis 1985 wurden 9 000 Einrichtungen „rekonstruiert bzw. renoviert und davon 2 000 in den Jahren 1984/85 völlig neu gestaltet.“

Methode" (benannt nach dem gleichnamigen Kreis, der 1976 damit begann) werden Produktionsbetriebe als Patenbetriebe dazu aufgefordert, Handwerksleistungen für Gaststätten zu übernehmen (einschließlich der Materialbeschaffung). Als Gegenleistung kümmern sich die Gastronomen um die Versorgung ihres Patenbetriebes.

Die Anstrengungen im Hinblick auf die 750-Jahrfeier Berlins dokumentieren folgende Daten: Von 1976 bis 1987 erhöhte sich das Platzangebot von 80 000 auf 100 000, zuzüglich 35 000 Freiluftplätzen. Die Zahl der Betriebe stieg auf 1 400 mit 22 000 Beschäftigten. Davon entfallen 310 auf Kommissionsgaststätten und 450 auf private. Allein 1987 waren 55 neue Einrichtungen mit insgesamt 4 800 Plätzen hinzugekommen. Für 1988 sind weitere 19 Betriebe mit 3 340 Plätzen, davon 7 Wohngebietsgaststätten vorgesehen. Dennoch liegt Berlin (Ost) auch heute noch unter dem DDR-Ausstattungs-Durchschnitt. Die Zahl der Sitzplätze je 1 000 Einwohner beträgt in Berlin (Ost) nur 83 (DDR-Durchschnitt: 93). Damit ist die Stadt dem Touristenansturm weiterhin nicht gewachsen: Für 1984 wurde die Zahl der in- und ausländischen Gäste mit 3,5 Mill. angegeben, 1987 mit 6 Mill.

Fazit

Die Gastronomie gehört in der DDR zu den Wirtschaftsbereichen, denen bei der Festlegung der Prioritäten ein

sehr bescheidener Rang zugewiesen wird. Die vorhandenen Kapazitäten liegen weit unter dem Bedarf. An diesem Zustand haben auch die Neubau- und Modernisierungsaktivitäten der letzten Jahre nichts geändert, da die Nachfrage mit zunehmender Kaufkraft gestiegen ist.

Der Besuch eines Restaurants ist auch heute noch mit vielen Unsicherheiten verbunden. Nicht selten steht der Gast vor verschlossenen Türen (Ruhetag, Renovierungsarbeiten), oder er findet eine lange Warteschlange vor. Hat er schließlich einen freien Platz bekommen, ist häufig ein Teil der in der Speisekarte aufgezählten Gerichte nicht verfügbar. Die Speisen selbst entsprechen in der Regel dem Standard einer einfachen Hausmannskost, in vielen Betrieben ist das Niveau mittelmäßig bis niedrig.

Davon heben sich einige Betriebe vorteilhaft ab. Vor allem in den Großstädten gibt es renommierte Einrichtungen, die auch hohen Ansprüchen genügen. Diese Restaurants sind aber Ausnahmen, zugänglich meist nur bei Vorbestellung, oder Betriebe der Luxusklasse, deren Preise für die Mehrheit der Bevölkerung nicht erschwinglich sind. Es fehlen vor allem gute Restaurants der mittleren Kategorie. Die meisten Gäste — Einheimische, in- oder ausländische Touristen — wären schon sehr zufrieden, wenn sie künftig — auch bei spontanem Entschluß zum Gaststättenbesuch — problemlos einen Platz bekämen, eine gut zubereitete Mahlzeit erhielten und freundlich bedient würden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Bernhard Seidel.

Einkommenslage und -entwicklung der freien Berufe. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. —
Das Gaststättengewerbe in der DDR. Bearbeitet von Angela Scherzinger.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.